

Statement

Reiner Hoffmann

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Jahrespressekonferenz

am 21.01.2020 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Wir leben in einer Zeit weitreichender Veränderungen. Sie umspannen die ganze Welt und wirken gleichzeitig tief in unsere alltägliche Arbeits- und Lebenswelt hinein. Globale Wertschöpfungsketten und internationale Arbeitsteilung, der Klimawandel sowie ein Wettlauf um den digitalen Weltmarkt sind die Treiber eines rasanten wirtschaftlichen Wandels und verschärften Standortwettbewerbs.

Gleichzeitig macht die Technologie rasante Entwicklungssprünge. Lernende Systeme und Maschinen werden immer leistungsfähiger. Sie wecken große Erwartungen, bedrohen aber auch Arbeitsplätze und verändern Arbeitsbedingungen.

Durch immer häufiger auftretende Hitzesommer, Dürren und Flutkatastrophen spüren wir ganz real den Klimawandel. Er führt uns die Verletzlichkeit unseres Planeten vor Augen und macht den Umbau von Wirtschaft – Industrie und Dienstleistungen – unausweichlich.

In diesem Transformationsprozess empfinden immer mehr Menschen Kontrollverlust und Verunsicherung, auch wenn die wirtschaftliche Lage nach wie vor relativ stabil ist. Zugleich erleben wir erstmals seit vielen Jahren wieder ihre zunehmende fragile ökonomische Situation. Zwar konnte eine „technische“ Rezession zunächst abgewendet werden. Dennoch gab es im vergangenen Jahr eine erkennbare Abkühlung des Wachstums und eine nachhaltige Stärkung der Konjunktur ist in diesem Jahr nicht zu erwarten. Die deutsche Industrie steht vor tiefgreifenden Anpassungsprozessen, unter anderem bedingt durch Klimapolitik und Digitalisierung. Daher muss jetzt das Instrument der Kurzarbeit wieder stärker zum Einsatz kommen, um diese Umbrüche teilweise aufzufangen.

Der Vorschlag von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil nach einem „Arbeit für Morgen“-Gesetz wird von uns unterstützt und sollte von der Union nicht blockiert werden. Das haben wir auf unserem kleinen Autogipfel letzte Woche im Kanzleramt deutlich gemacht. Die Regierung sollte auf den Einsatz konjunkturepolitischer Maßnahmen vorbereitet sein und zugleich die strukturellen Herausforderungen unmittelbar angehen.

Um wirtschaftlich zukunftsfähig zu bleiben und die guten Arbeitsplätze von morgen und den Industriestandort Deutschland zu sichern, braucht es massive öffentliche Investitionen. Sie stärken zugleich den sozialen Zusammenhalt und fördern gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland.

Der gemeinsame Vorschlag von IMK und IW für ein zehnjähriges (langfristiges) Investitionsprogramm hat große Zustimmung erhalten und zeigt, dass die Erhöhung öffentlicher Investitionen eine breite gesellschaftliche Mehrheit findet.

Wir Gewerkschaften unterstützen diesen Vorstoß, denn auch wir sehen seit langem die Notwendigkeit für ein ambitioniertes, langfristig ausgestaltetes öffentliches Investitionsprogramm. In der öffentlichen Infrastruktur, im Bildungsbereich, in der Verkehrsinfrastruktur und im Bereich der Digitalisierung besteht enormer Bedarf.

Wir sind uns doch alle einig, dass das Erreichen der Klimaziele ist ohne ein beherztes Umdenken und entsprechende finanzielle Mittel nicht denkbar ist.

Die öffentlichen Investitionen sollten Schritt für Schritt, aber dauerhaft und unabhängig von der Konjunkturlage und Legislaturperioden erhöht werden. Das schafft Sicherheit und Absatzmöglichkeiten für Unternehmen und die notwendigen privaten Investitionen.

Mit einer Ausweitung der Investitionstätigkeit auf nationaler Ebene stärkt Deutschland auch die Stabilität in der EU. Und dies ist zwingend erforderlich, will die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag versprochenen „Neuen Aufbruch für Europa“ umsetzen. Wenn Deutschland am 1. Juli 2020 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernimmt, muss es



Wege aus der großen Vertrauenskrise aufzeigen, die eine Ursache für den in vielen Ländern beobachtbaren politischen Rechtsruck ist.

Es geht darum, das wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas mit sozialen Standards zu verbinden. Der DGB erwartet, dass sich die Bundesregierung nicht nur für einen europäischen Mindestlohn, sondern mehr noch für eine Stärkung der Tarifautonomie und der Mitbestimmung einsetzt. Wir unterstützen die Verpflichtung der Koalition zu gegenseitiger Solidarität und Investitionen in Europa; dies bedeutet eine klare Abkehr von der Austeritätspolitik vergangener Jahre.

Die Wohlfahrtsgewinne müssen gerechter verteilt werden, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken: Europa darf sich nicht weiter kaputtsparen.

Die Ratspräsidentschaft wird auch die Verhandlungen über den Mittelfristigen Finanzrahmen 2021-2027 zum Abschluss bringen müssen. Im Koalitionsvertrag steht schwarz auf weiß: „Wir wollen die EU finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Dafür werden wir bei der Erstellung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.“ Diesen Worten müssen nun Taten folgen.

Auch im Bereich der Altersvorsorge wird 2020 ein bedeutendes Jahr. Mit ihrer Kampagne zur Bundestagswahl 2017 ist es DGB und Gewerkschaften gelungen, das Thema Rente wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen. Das hat sich in Gesetzen der Bundesregierung niedergeschlagen, insbesondere im sogenannten Rentenpakt, mit dem 2018 die Stabilisierung des Rentenniveaus zunächst bis 2025 sowie weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und Kindererziehungszeiten beschlossen wurden. Um starke Leistungen der gesetzlichen Rente für die Zukunft zu sichern, darf das Niveau auch über 2025 hinaus nicht unter 48 Prozent absinken.

Für eine starke Alterssicherung brauchen wir mehr Mittel, das ist ganz offensichtlich. Klar ist auch: Wenn der Anteil der älteren an der Bevölkerung steigt, kann nicht der Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt sinken. Hier brauchen wir einen intelligenten Mix aus Beitrags- und Steuermitteln. Einseitig nur die Beschäftigten zu belasten, ist definitiv keine Lösung des Problems. Auch deswegen setzen wir auf eine starke gesetzliche Rente, die paritätisch finanziert ist. Und wir lehnen es weiterhin ab, die Altersgrenzen anzuheben, denn die Menschen müssen diese auch erreichen können – und das gelingt bereits jetzt in viel zu vielen Fällen nicht.

Zuletzt ein Blick auf die vorläufigen Mitgliederzahlen für 2019.

Die Tendenz ist eindeutig: Unsere Mitgliederzahlen sind stabil, leichte Verluste bewegen sich im Nachkommabereich. Das heißt: Auch in diesem Jahr werden wir uns für die Belange von knapp sechs Millionen Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften einsetzen. Ich sage aber auch ganz deutlich: Bei rund 33 Millionen Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die wir momentan in Deutschland haben, ist da noch Luft nach oben.

Umso mehr freut uns die hohe Zahl der Neuzugänge. Im vergangenen Jahr sind jeden Tag fast tausend Menschen in eine der DGB-Gewerkschaften eingetreten.

Das gibt uns Rückenwind für die anstehenden Herausforderungen.